

13 B 718/21.NE

Beglaubigte Abschrift

B e s c h l u s s

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

1. der Tanzsportkreis Sankt Augustin e. V., Am Kreuzeck 2 b,  
53757 Sankt Augustin, vertreten durch dessen 1. Vorstandsvorsitzende, die  
Antragstellerin zu 2.,
2. der Frau Anne-Gabriele B e a u m o n t , Komtureistraße 27, 53177 Bonn,  
Antragsteller,

Prozessbevollmächtigte: Solmecke Rechtsanwälte, Neue Poststraße 1 - 3,  
53721 Siegburg, Az.: 4113/21 MS09 sch/MS,

g e g e n

das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Ministerium für Arbeit,  
Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Fürstenwall 25,  
40219 Düsseldorf,

Antragsgegner,

Prozessbevollmächtigte: Redeker Sellner Dahs Rechtsanwälte PartG mbB,  
Willy-Brandt-Allee 11, 53113 Bonn, Az.: 57/1950-2021,

wegen Infektionsschutzrechts – Beschränkungen des Freizeit- und Amateursport-  
betriebs  
hier: Einstellung nach Abgabe übereinstimmender Erledigungserklärungen

hat der 13. Senat des

OBERVERWALTUNGSGERICHTS FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

am 28. Juni 2021

durch

den Richter am Verwaltungsgericht

F r ö s e

beschlossen:

Das Verfahren wird eingestellt.

- 2 -

Die Kosten des Verfahrens werden gegeneinander aufgehoben.

Der Streitwert wird auf 5.000 Euro festgesetzt.

### Gründe:

Nachdem die Beteiligten das Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes übereinstimmend für erledigt erklärt haben, ist das Verfahren aus Gründen der Klarstellung in entsprechender Anwendung der § 87a Abs. 1 Nr. 3, Abs. 3, § 92 Abs. 3 Satz 1 VwGO einzustellen und nach Maßgabe des § 161 Abs. 2 Satz 1 VwGO über die Verfahrenskosten zu entscheiden.

Gemäß § 161 Abs. 2 Satz 1 VwGO entscheidet das Gericht im Falle der Erledigung über die Kosten des Rechtsstreits nach billigem Ermessen und unter Berücksichtigung des bisherigen Sach- und Streitstands. Es entspricht regelmäßig billigem Ermessen, demjenigen die Verfahrenskosten aufzuerlegen, der ohne den Eintritt des erledigenden Ereignisses voraussichtlich unterlegen wäre. Maßgeblicher Zeitpunkt ist dabei die Sach- und Rechtslage unmittelbar vor Eintritt des erledigenden Ereignisses. Allerdings bedarf es wegen des Vereinfachungszwecks des § 161 Abs. 2 Satz 1 VwGO im Rahmen der nur noch zu treffenden Kostenentscheidung keiner Klärung schwieriger Rechtsfragen.

Nach dieser Maßgabe entspricht es der Billigkeit, die Kosten des Verfahrens gegeneinander aufzuheben. Die Erfolgsaussichten des Antrags waren vor Eintritt des erledigenden Ereignisses offen. Bei der von den Antragstellern aufgeworfenen Frage, ob die Untersagung der Nutzung einer Tanzsporthalle in § 9 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung zum Schutz vor Neuinfizierungen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronaschutzverordnung – CoronaSchVO) vom 5. März 2021 (GV. NRW. 2021 S. 216), geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 16. April 2021 (GV. NRW. 2021 S. 410), rechtmäßig war, handelt es sich um eine schwierige Rechtsfrage, deren Klärung nach Erledigung des Verfahrens nicht mehr zu erfolgen hat.

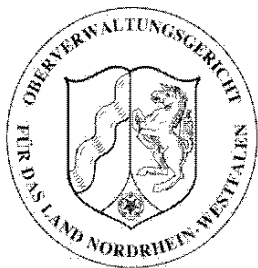
- 3 -

Anders als die Antragsteller meinen, war eine Kostenverteilung zu Lasten des Antragsgegners nicht mit Blick auf die Coronaschutzverordnung vom 26. Mai 2021 (GV. NRW. 2021 S. 560b) geboten. Mit der Einführung der darin enthaltenen drei Inzidenzstufen, bei deren jeweiligem Erreichen unterschiedliche Schutzmaßnahmen gelten, hat sich der Antragsgegner nicht unter Aufgabe seines Rechtsstandpunkts in die Rolle des Unterlegenen begeben, sondern den tatsächlichen Umständen Rechnung getragen, dass die 7-Tage-Inzidenz im gesamten Bundesland kontinuierlich sank, die Anzahl der geimpften Personen stieg und ein saisonaler Effekt auf das Infektionsgeschehen zu erwarten stand.

Die Streitwertfestsetzung beruht auf § 53 Abs. 2 Nr. 2, § 52 Abs. 2 GKG. Eine Reduzierung des Auffangstreitwerts für das Eilverfahren war angesichts dessen, dass der Antrag inhaltlich auf eine Vorwegnahme der Hauptsache zielte, nicht veranlasst.

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (§ 152 Abs. 1 VwGO, § 68 Abs. 1 Satz 5, § 66 Abs. 3 Satz 3 GKG).

Fröse



Beglaubigt  
Urkundsbeamter/in  
der Geschäftsstelle des  
Oberverwaltungsgerichts  
für das Land Nordrhein-Westfalen

## Prüfvermerk vom 16.06.2021, 12:29:40

Die unten aufgeführten Dokumente sind elektronisch eingegangen. Die technische Prüfung der elektronischen Dokumente hat folgendes Ergebnis erbracht:

### Angaben zur Nachricht:

#### Sicherer Übermittlungsweg aus einem besonderen Anwaltspostfach.

Eingangszeitpunkt: 16.06.2021, 12:03:33  
 Absender: Johanna Theresa Philippi  
 Nutzer-ID des Absenders: DE.BRAK.d9856d6a-4e26-4b66-af2e-a7687591355a.84e3  
 Aktenzeichen des Absenders: 57/001950-21

Empfänger: Oberverwaltungsgericht NRW  
 Aktenzeichen des Empfängers: 13 B 718/21.NE

Betreff der Nachricht: Tanzsportkreis Sankt Augustin e.V. u.a. ./ Land Nordrhein-Westfalen  
 Text der Nachricht:  
 Nachrichtenkennzeichen: EGV\_P116238378128415310345458273082205

### Angaben zu den Dokumenten:

Dateiname	Format	Informationen zu(r) qualifizierten elektronischen Signatur(en)				
		Qualifiziert signiert nach ERVB?	durch	Berufsbezogenes Attribut	am	Prüfergebnis
2021-06-16_1950-21_RSD_Erledigung.pdf	pdf	nein				
xjustiz_nachricht.xml	xml	nein				

# REDEKER | SELLNER | DAHS

RECHTSANWÄLTE

REDEKER SELLNER DAHS | Postfach 13 64 | 53003 Bonn

## Einreichung per beA

Oberverwaltungsgericht für das Land  
Nordrhein-Westfalen  
Postfach 63 09  
48033 Münster

Rechtsanwalt Dr. Michael Winkelmüller  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Rechtsanwältin Theresa Philippi

Sekretariat Frau S. Neunkirchen  
Telefon +49 / 228 / 7 26 25 157  
Telefax +49 / 228 / 7 26 25 99  
philippi@redeker.de

Bonn, den 16. Juni 2021

Reg.-Nr.: 57/001950-21

### In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

Tanzsportkreis Sankt Augustin  
e.V. u.a.

./.

Land Nordrhein-Westfalen

- 13 B 718/21.NE -

schließen wir uns namens und mit Vollmacht des Antragsgegners der von den Antragstellern mit Schriftsatz vom 09.06.2021 erklärten Erledigung an.

Wir beantragen,

den Antragstellern die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

### Begründung:

Die Kosten des Verfahrens im einstweiligen Rechtsschutz sind gemäß § 161 Abs. 2 VwGO den Antragstellern aufzuerlegen.

#### Bonn

Willy-Brandt-Allee 11  
53113 Bonn  
Tel. +49 228 72625-0  
Fax +49 228 72625-99

#### Deutsche Bank Bonn

IBAN:  
DE33 3807 0059 0036 0990 00  
BIC: DEUTDE33

#### Sparkasse Köln Bonn

IBAN:  
DE10 3705 0198 0000 0083 63  
BIC: COLSDE33

#### Berlin

Leipziger Platz 3  
10117 Berlin  
Tel. +49 30 885665-0  
Fax +49 30 885665-99

#### Brüssel

172, Avenue de Cortenbergh  
1000 Brüssel  
Tel. +32 2 74003-20  
Fax +32 2 74003-29

#### Leipzig

Mozartstraße 10  
04107 Leipzig  
Tel. +49 341 21378-0  
Fax +49 341 21378-30

#### London

4 More London Riverside  
London SE1 2AU  
Tel. +44 20 740748-14  
Fax +44 20 743003-06

#### München

Maffeistraße 4  
80333 München  
Tel. +49 89 2420678-0  
Fax +49 89 2420678-69

#### Rechtsanwälte

Partnerschaftsgesellschaft mbB  
Sitz Bonn  
Partnerschaftsgesellschaft mbB  
AG Essen PR 1947  
USt-ID: DE 122128379

Im Falle der Erledigung hat das Gericht nach billigem Ermessen und unter Berücksichtigung des bisherigen Sach- und Streitstandes über die Kosten des Verfahrens zu entscheiden. Billigem Ermessen entspricht es in der Regel, demjenigen Beteiligten die Kosten aufzuerlegen, der bei Fortgang des Verfahrens voraussichtlich unterlegen und deshalb nach Maßgabe der §§ 154 ff. VwGO kostenpflichtig geworden wäre. Bei dieser Überprüfung ist das Gericht im Interesse einer Vereinfachung des Verfahrens von der Verpflichtung entbunden, allein im Hinblick auf die noch offene Kostenentscheidung alle für eine abschließende Hauptsacheentscheidung sonst erforderlichen Feststellungen zu treffen, Beweise zu erheben und schwierige Rechtsfragen zu klären.

Sodan/Ziekow, VwGO, 5. Aufl. (2018), § 161, Rn. 83 ff.;  
BayVGH, Beschl. v. 08.01.2007 – 25 N 06.2110, Rn. 2.

Im vorliegenden Fall entspricht es billigem Ermessen, den Antragstellern die Kosten der Verfahren aufzuerlegen, weil diese bei einer streitigen Entscheidung voraussichtlich unterlegen wären. Der Antrag war bereits im Zeitpunkt der Erledigung unbegründet. Wir verweisen insofern auf unseren bisherigen Vortrag (insbesondere Antragserwiderung vom 03.05.2021).

Die hier nicht bestehenden Erfolgsaussichten des Antrags im Zeitpunkt der Erledigung sind das maßgebliche Kriterium im Rahmen der Kostenentscheidung. Entgegen der Argumentation der Antragsteller kommt es nicht darauf an, dass sich ihr Begehren aufgrund vom Verordnungsgeber durchgeführten Änderungen erledigt hat. Dieser Umstand ist der prozessualen Situation der Erledigung immanent und kann nichts über die Kostentragungspflicht aussagen.

Die Entscheidung des Verordnungsgebers, mit der neuen CoronaSchVO den Sportbetrieb in Abhängigkeit von den vor Ort vorliegenden Inzidenzwerten teilweise wieder zuzulassen, bedeutet nicht, dass die vorher erfolgten Einschränkungen rechtswidrig waren. Die Regelungen waren vielmehr aufgrund des Infektionsgeschehens notwendig und verhältnismäßig. Gleichzeitig liegt es im Rahmen des Einschätzungsspielraums des Normgebers, die zur Eindämmung des Virus eingeführten Maßnahmen schrittweise zu lockern. Dieser Spielraum umfasst auch die Frage, zu welchem Zeitpunkt eine Maßnahme in Anschluss an eine Neubewertung der Situation gelockert wird.

(Theresa Philippi)  
Rechtsanwältin

## BONN

PROF. DR. KONRAD REDEKER (1928–2018)  
Fachbereich für Verwaltungsrecht

DR. JUHRI SCHÖN (1928–1986)

PROF. DR. HANS DAHS (1930–2018)

DR. KLAUS D. RYCKTR  
Fachbereich für Verwaltungsrecht

ULRICH KELLER  
Fachbereich für Arbeitsrecht

ULRIKE BÖRGER  
Fachbereich für Familienrecht

DR. FRIEDWALD LÜBBERT

DR. KAY ARTHUR PAFF  
Fachbereich für Verwaltungsrecht

DR. CHRISTIAN D. BRÄCHTER\*  
Fachbereich für Verwaltungsrecht

PROF. DR. ANDREAS FRIESEB\*  
Fachbereich für Arbeit

PROF. DR. BURKHARD MESSERSCHMIDT\*  
Fachbereich für Bau- und Architektenrecht

MARIN REUTER  
Fachbereich für Arbeitsrecht

DR. JÖRGEN LÜBERS\*  
Fachbereich für Arbeitsrecht

STEFAN LEHM\*

PROF. THOMAS HILBRÄU\*  
Fachbereich für Bau- und Architektenrecht

DIETER MERKENS\*  
Fachbereich für Bau- und Architektenrecht

DR. KLAUS WALPERIT\*

DR. HORT GLAUS\*

AXEL GROEBER\*  
Fachbereich für Arbeitsrecht

DR. RONALD REICHERT\*  
Fachbereich für Verwaltungsrecht

ANDREAS DRÖNER\*

DR. KLAUS KÖPP, M.C.J.

STEFAN LYSER  
Fachbereich für Verwaltungsrecht

PROF. DR. HEIKO LESCH\*

WOLFGANG KRZYWING  
Fachbereich für Miet- und Wohnungsgesetzrecht\*

DR. JAKOB WOLFF\*

PROF. DR. WOLFGANG ROTH, LL.M.\*

DR. MICHAEL WINKELMÖLLER\*  
Fachbereich für Verwaltungsrecht

PROF. DR. BERND MÖSSIG\*

BARTHOLOMÄUS AENGENVOORP\*  
Fachbereich für Bau- und Architektenrecht

DR. ANDREAS ROSENFELD\*

PROF. DR. ALEXANDER SCHINK  
Fachbereich für Verwaltungsrecht

DR. MATTHIAS GÄNSKE\*  
Fachbereich für Verwaltungsrecht

DR. MARCO BILBOHM\*  
Fachbereich für Verwaltungsrecht

DR. CHRISTIAN MENSCHING, LL.M.\*

DR. MARKUS DIERCKSMITH, LL.M.\*  
Fachbereich für Handels- und Gesellschaftsrecht

PHILIPP HILMERT\*  
Fachbereich für Bau- und Architektenrecht

DR. LAIS KLEIN\*

EUGEN KÜNZ

ALEXANDER LEIDIG\*  
Fachbereich für Bau- und Architektenrecht

DR. UDO SÖNS\*

Fachbereich für Bau- und Architektenrecht

DANIEL HÜBNER  
Fachbereich für Bau- und Architektenrecht

PROF. DR. SUZAN DENISE HÜTTEMANN, MPA

DR. DANIEL NGUHOCTR, LL.M.\*  
Fachbereich für Arbeitsrecht

MATTHIAS FLOTSMANN

JULIAN LEY  
Fachbereich für Verwaltungsrecht

FLOBIAN VAN SCHENWICK

DR. CORNELI POTTHAST, LL.M.  
Fachbereich für Arbeitsrecht

YVITA WAGNINGMECHT  
Fachbereich für Verwaltungsrecht

TOBIAS ODY

MARBUS FRANK

JULIA PIPPER, LL.M. (UR)

STEPHAN SCHÜCK

DR. ALEXANDER SCHLOSSER

NIKLAS KINDHÄUSER

DR. JAN MÄDLER

THEOISA PHILIPPI

DR. CHRISTIAN BRÜLLEBRUCH

DR. MORITZ GARRIGI

DR. DANIEL KREBÜHL

JANA WARMERICH

VANESSA OLFERMANN

DR. CAHRIN BRÜCKMANN

ANJA HÄMMERLI

DR. MANUEL KOLLMANN

PASCAL ÖPFRITZ

JULIAN VOLLMER

DR. SAMIRA HIFITNA THIFRY

DR. CHRISTIAN LUISCH

PHILIPP GEORG KAMPMANN

PROF. DR. HANS-D. JARAS, LL.M.  
Professor an der Universität Bielefeld  
of Counsel

PROF. DR. FRANK MICYTH, LL.M.  
Professor an der Universität Bielefeld  
of Counsel

DR. SAMIRA HIFITNA THIFRY

DR. CHRISTIAN LUISCH

PHILIPP GEORG KAMPMANN

PROF. DR. HANS-D. JARAS, LL.M.  
Professor an der Universität Bielefeld  
of Counsel

PROF. DR. FRANK MICYTH, LL.M.  
Professor an der Universität Bielefeld  
of Counsel

DR. SAMIRA HIFITNA THIFRY

DR. CHRISTIAN LUISCH

PHILIPP GEORG KAMPMANN

PROF. DR. HANS-D. JARAS, LL.M.  
Professor an der Universität Bielefeld  
of Counsel

PROF. DR. FRANK MICYTH, LL.M.  
Professor an der Universität Bielefeld  
of Counsel

DR. SAMIRA HIFITNA THIFRY

DR. CHRISTIAN LUISCH

PHILIPP GEORG KAMPMANN

PROF. DR. HANS-D. JARAS, LL.M.  
Professor an der Universität Bielefeld  
of Counsel

PROF. DR. FRANK MICYTH, LL.M.  
Professor an der Universität Bielefeld  
of Counsel

DR. SAMIRA HIFITNA THIFRY

DR. CHRISTIAN LUISCH

PHILIPP GEORG KAMPMANN

DR. CORNELIUS BÜLLHOFF\*

KATHRIN LANGEMANN

DR. MATTHIAS KOTTMANN, Master in Droit

DR. JULIAN AUGUSTIN

TOBIAS ODY

DR. ROYA SANGI, Master in Filosofia Politica

OXBOUIN DI ASMACHT, LL.M.

DR. YVITA WAGNINGMECHT, LL.M.

FLOBIAN DECK

DR. DIANT BATAI

DR. BETHINA GAUSING

DR. TRAKT KRUST

DR. STEPHANIE SCHULZ-SHOSSE

DR. KORBBIAN DEUTZ, LL.M.

DR. SAMIRA HIFITNA THIFRY

ANNA LOHMANN

TOBIAS GATIS

PROF. DR. JÖRG PHILIPP IERHECHTE  
Vorsitzender des OVG für den  
Landkreis

BRÜSSEL

DR. ANDRIAS ROSTENFELD\*

DR. STEPHAN GERSTNER\*

DR. ULRICH KARLSTADT\*

DR. SIMONE LÖNNENBÜSSLER

DR. STRASTIAN STINBARTIL, LL.M.\*

DR. OTFRIED HOFMANN

LESUE MARIHEY, LL.M.

LOTA SCHÄTTL

DR. FRIEDERIKE DORN

LEIPZIG

DR. THOMAS STICKLER\*  
Fachbereich für Bau- und Architektenrecht

DR. SOPHIA POMMERT

IRINA KRISTIN IT'SKI

DR. JAN MÄDLER

DR. HANS WOLFRAM KRYSSEITZ

LONDON

PROF. DR. FITZGERALD ANDRIAS BRAND\*

SABINE WILDFELDER\*  
Fachbereich für gewerblicher Rechtschutz

DR. JÜRGEN LÜBERS\*

Fachbereich für Arbeitsrecht

HANS-PELTER HOFF

PROF. DR. BURKHARD MESSERSCHMIDT\*  
Fachbereich für Bau- und Architektenrecht

PROF. DR. BERND MÖSSIG\*

DR. MAX REICHELZER\*  
Fachbereich für Verwaltungsrecht

DR. CORNELIUS BÜLLHOFF\*

MATTHIAS FLOTSMANN

ALEXANDAR E. TODOROV

IRA CALLASCH

CORNELIA HINSTER

DR. JÜRGEN LÜBERS\*

Fachbereich für Arbeitsrecht

HANS-PELTER HOFF

PROF. DR. BURKHARD MESSERSCHMIDT\*  
Fachbereich für Bau- und Architektenrecht

PROF. DR. BERND MÖSSIG\*

DR. MAX REICHELZER\*  
Fachbereich für Verwaltungsrecht

DR. CORNELIUS BÜLLHOFF\*

MATTHIAS FLOTSMANN

ALEXANDAR E. TODOROV

IRA CALLASCH

CORNELIA HINSTER

\* Mitglied der Bundesanwaltschaft